

Die Staatserhaltung der Staatserhaltenden.

Von Ed. Bernstein (Berlin).

Es ist schon oft hervorgehoben worden, daß jene politischen Parteien, die es als Besonderheit ihrer Politik hinzustellen lieben, daß sie die Staatserhaltung der Politik sei, meist nur sehr wenig Anspruch darauf haben, sich als die eigentlichen Staatserhalter zu bezeichnen. Denn was diese Parteien, die sich in Deutschland, England und noch verschiedenen anderen Ländern Konservative nennen, tatsächlich erhalten wollen, ist ja nicht so sehr der Staat schlechthin als die politische Zusammenfassung der Nation, als dieser Staat in einer gegebenen Verfassung, mit ganz bestimmten Einrichtungen, ganz bestimmter Rechtsordnung und Machtverteilung und ganz bestimmter traditioneller Politik. Daß der Staat in seiner ersten Eigenschaft für seinen Fortbestand an alles das gebunden sei, wird dabei als bewiesen vorausgesetzt, ist aber, wie man weiß, eine ganz unbewiesene und unbeweisbare Annahme. In Wirklichkeit ist der Staat in jenem allgemeinen Sinne bei inneren Veränderungen fast niemals gefährdet. Wenn ein sozialistisches Kampflied aus der Frühzeit von Österreichs Sozialdemokratie mit den Worten beginnt:

Der Staat, der niemals sicher war,
Der Staat ist in Gefahr,

so ist das als Spott auf politische Staatsretterei zu verstehen. Vom Staat schlechthin konnte man eher sagen:

Der Staat, der immer sicher war.

Denn fast niemals ist dieser Staat bei inneren Veränderungen in seinem Dasein bedroht gewesen. Gefährdet war bei solchen immer nur der Staat als Träger einer bestimmten politischen Ordnung. Dagegen ist der Staat als Zusammenfassung der Nation gerade durch die Politik jener Staatserhaltenden wiederholt in seinem Bestande ernsthaft gefährdet worden und wird er immer von neuem dieser Gefahr ausgesetzt.

Es ist eine Reihe von Erscheinungen der neuesten Zeit, die zur vorstehenden Betrachtung Anlaß gibt. Nehmen wir ein Land, dessen Verhältnisse kritisch zu behandeln, für einen Deutschen oder Österreicher als ein Verdienst betrachtet wird: England. Die Konservativen Englands sind in langer Schule gewisser geworden als viele ihrer fesseländischen Namensvettern; zu einer bestimmten Zeit konnte man sogar sagen, daß der englische Durchschnittskonservative noch mehr vom deutschen Durch-

schnittsliberalen stehe. Indes, bei aller erworbenen Klugheit bleiben doch auch die Nachkommen der Tories durch Klasseninteresse und politische Ueberlieferung an gewisse Begriffe hinsichtlich der Erfordernisse staatsrechtlicher Politik gebunden, fällt auch bei ihnen das Staatswohl zusammen mit dem Fortbestand bestimmter Staatseinrichtungen, deren Unerlässlichkeit für den Staat reine Annahme ist, nur deduziert, aber nicht bewiesen werden kann. Eine dieser Annahmen ist die Doktrin, daß selbst in der gemäßigten Form von Homerule, wie die von Butt und Bannell gegründete irische Nationalpartei sie anstrebt, die Selbstregierung Irlands mit dem Staatswohl Englands unvereinbar sei. Man weiß, wie hartnäckig sie sich der Durchführung dieser wiederholt vom Haus der Gemeinen beschlossenen Reform widersetzt haben; aber wie viel dieser Widerstand England schon gekostet hat und noch kostet, vergewärtigen sich nur wenige.

Zunächst ist er in nicht geringem Grade mitverantwortlich dafür, daß es zu diesem Weltkrieg kam. Erinnere man sich der bis zur Organisierung der bewaffneten Rebellion getriebenen Gegenbewegung gegen die Durchführung des nach heftigen Kämpfen in allen Stadien der Gesetzgebung beschlossenen Homerulegesetzes, die in den Monaten vor dem Kriege die Protestanten Nordirlands mit Unterstützung der englischen Konservativen in Gang hielten. Wie man Truppen einberieferte, Vorräte abhielt, Geschütze ankaupte, sich unter den Schutz des deutschen Kaisers als Schutzherrn der Protestanten stellen zu wollen drohte, und wie schließlich unter hohen englischen Offizieren die Parole umging, im Falle einer Erhebung Ulsters den Dienst gegen die Rebellen zu verweigern. Gerade im verhängnisvollen Monat Juli 1914 war durch diese Agitation die Situation in England eine äußerst gespannte geworden, schien der Bürgerkrieg vor der Tür zu stehen.

Neben den bekannten pazifistischen Forderungen des Kabinetts Asquith-Grey war es aber gerade diese Zustimmung der Parteikämpfe in England, die auf dem Festland der Ansicht Vorschub leistete, daß dieses im Falle eines Krieges zwischen den Zentralmächten und dem Zweibund Rußland-Frankreich sich abseits halten werde. Daß man in der Wilhelmstraße in Berlin so rechnete, ist offen ausgegeben worden, und am Ballplatz in Wien wird es nicht anders gewesen sein. Nur weil er Englands sicher zu sein glaubte, beobachtete Herr v. Bethmann Hollweg in den ersten Tagen nach dem Ultimatum Österreichs an Serbien den Vermittlungsvorschlägen Greys und anderen gegenüber jene ablehnende Haltung, infolge deren die Versuche, den Krieg zu beschwören, scheiterten, und er konnte zu diesem Glauben nur durch den Blick auf die anscheinend unlöslichen Wirren im Innern Englands gelangen. Erst als Fürst Bismarck nach Berlin gemeldet hatte, daß England Frankreich unter keinen Umständen im Stich lassen werde, eine Meldung, die Grey am 29. Juli 1914 durch seine „freundschaftliche Warnung“ (Wlanbuch Nr. 89) bekräftigte, nahm der Kanalar in dieser Frage eine andere Haltung ein, die aber nun den Lauf der Dinge nicht mehr ändern konnte. In England stehen die Führer der Konservativen Grey mit Namensunterschrift wissen, daß im Kriegsfall das liberale Kabinett die konservative Partei hinter sich haben werde. Das schloß die Mitwirkung der Leute von Ulster ein.

Auf der anderen Seite war aber die liberale Regierung der Unterstützung durch die irischen Nationalisten sicher. In seiner großen Rede vom 3. August 1914, wo er dem Haus der Gemeinen auseinandersetzte, daß und warum die Regierung die Verletzung der Neutralität Belgiens als einen Kriegsgrund ansehen werde, konnte Grey daher sagen:

„Der einzige freundliche Punkt in dieser

furchtbaren Situation ist Irland. Das allgemeine Empfinden in ganz Irland — und ich möchte, daß man das danken klar begreift — macht die irische Frage zu keiner Erwägung, von der wir uns sagen, daß wir auf sie Rücksicht zu nehmen haben.“

Man beachte das „Ich möchte, daß man das danken klar begreift“. Ganz offenbar sollte das eine letzte Warnung nach Berlin hin sein: „Rechnet nicht darauf, daß die Rücksicht auf Irland unsere Entschlüsseungen lähmen wird.“

Der Führer der Konservativen, Bonar Law, der nach Grey das Wort nahm, unterstrich dessen Bemerkung über Irland. Wer er konnte nur im Namen der Protestanten Nordirlands sprechen. Da erhob sich nach ihm der Führer der irischen Nationalisten, der jetzt verstorbene John Redmond, und erklärte mit bewogener Stimme unter Himmels auf die Tatsache, daß bei früheren Kriegen Englands die Sympathien des nationalistischen Irlands stets auf der Seite von dessen Gegnern gewesen waren, dies habe sich nun völlig geändert. Die Demokratie Irlands werde „mit der äußersten Sorge und Sympathie in jeder Prüfung und Gefahr, vor die es gestellt ist, bei diesem Land (England) stehen... Ich sage der Regierung, daß sie morgen jede einzelne Besatzung von Irland zurückziehen darf. Irland wird von seinen eigenen Söhnen in Waffen gegen jeden Einbruch von Ausländern beschützt werden, die bewaffneten Katholiken des Südens werden nur zu froh sein, zu diesem Zweck sich mit den bewaffneten Protestanten Ulsters zu verbinden.“

Warum dieser Umschwung? Ganz einfach, weil die Regierung Asquith-Grey die Homerulevorlage durchgekämpft und die Eintragung des Homerulegesetzes in die Gesetzbücher des Vereinigten Königreiches veranlaßt hatte. Im Hinblick darauf willigten die Nationalisten sogar darin ein, daß die Durchführung des Gesetzes um des inneren Friedens willen für einige Zeit noch vertagt werde. Auch stellte das nationalistische Irland nicht weniger Freiwillige für das nun angeworbene englische Heer als das protestantische Irland.

Wenn diese Stimmung verfloren ist, wenn eine von außen her ins Land getragene anti-englische Agitation wieder tieferen Boden im irischen Volke fassen konnte, so daß die Sinn Fein-Bewegung, die zu Anfang des Krieges noch eine unbedeutende Sektiererei von Intellektuellen ohne nennenswerten Anhang im Volke war, allmählich zu einer weitverbreiteten revolutionären Volksbewegung emporgewachsen ist, so ist das wiederum in hohem Grade den Staatserhaltenden und der schwächlichen Nachgeblichkeit der Liberalen diesen gegenüber geschildet.

Die rebellische Agitation in Irland ist fast ausschließlich politischer Natur, ökonomische Fragen spielen nur nebenbei in sie hinein. Die bauerliche Bevölkerung Irlands sieht heute infolge der Gesetzgebung über die Ablösung der Landlords zum weitaus größten Teil auf eigenem oder ihr auf lange Fristen hinaus gegen mäßige Renten fest verpachtetem Grund und Boden und hat im Kriege sehr gute Geschäfte gemacht. Nicht die Not ist die Antreiberin zur Revolte, sondern das verletzte Rechtsgefühl. Der Aufschwung der Durchführung von Homerule konnte unbedenklich erscheinen, solange man an eine nicht allzu lange Dauer des Krieges denken konnte und die Regierung am Ruder blieb, die Homerule durchgekämpft, sich mit ihm solidarisiert hatte. Wie sich der Krieg in die Länge zog, die Konservativen immer stärkeren Einfluß auf die Regierung erlangten, dann sich mit ihr verschmolzen und in Irland weiterregiert wurde, als sei Homerule überhaupt nicht in Frage, da mußte im Volk die Meinung Boden gewinnen, es sollte wieder einmal um sein heiß erstrebtes Recht betrogen werden. Es steht ganz außer Zweifel, daß im ersten Kriegsjahr ein irisches Nationalparlament jede Kriegseistung, die von ihm verlangt